



HUBERT KÜCK Fraktionsvorsitzender

Ein Haushalt mit starken Grünen Akzenten

Trotz Corona-Einschränkungen konnte der Kreishaushalt 2021 wie geplant im März verabschiedet werden. Dafür hatte sich unsere Grüne Fraktion im Kreistag eingesetzt. Städte und Gemeinden brauchen Planungssicherheit und eine gesicherte Finanzausstattung ebenso wie Träger, Vereine und Verbände vor Ort.

Wichtig war uns vor allem: Die Kreislage für die Städte und Gemeinden muss bezahlbar bleiben, wie schon in den letzten sechs Jahren zuvor. Wir wollten damit unsere kommunalfreundliche Haushaltspolitik fortschreiben.

Der Haushaltsplan für 2021 offenbarte zunächst ein Problem, mit dem wir gar nicht gerechnet hatten, ein Schatten-Personal-Haushalt mit befristeten Stellen. Dies wollten wir beenden, die Stellenzahl nachvollziehbar festschreiben, nicht nachvollziehbare Personalaufstockungen vermeiden und die Personalkosten auf rund 86 Millionen Euro deckeln. Das ist eine Reduzierung von gut 600.000 Euro pro Jahr.

Welche Ziele haben wir mit dem neuen Haushalt verfolgt? Auch wenn die Corona-Pandemie aktuell die Schlagzeilen bestimmt und viele Ressourcen bindet: Wir müssen uns ebenso für die Zeit danach wappnen. Dabei steht für uns die Bekämpfung der Klimakrise an vorderster Stelle. Der Kreis Wesel hat durchaus Stellschrauben, um der Klimakatastrophe entgegenzuwirken. Aus eigener Erfahrung mit Hitzesommern und Überschwemmungen wissen wir, dass der Klimawandel auch am Niederrhein spürbar ist.

Der Kreis hat eine Klimaoffensive gestartet mit vielen guten Ideen für mehr Klimaschutz. Das gilt es anzupacken und umzusetzen!



Klima- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit, klimaneutraler ÖPNV

Beispiel Grünaufwuchs: Der Kreis kann mittels seiner Landschaftspläne intakte Heckenstrukturen und Feldgehölze erhalten und verbessern. Sie dienen damit als **CO₂-Senke und zur Biotopvernetzung**. Damit wird gewährleistet, dass die Maßnahmen auf Dauer angelegt sind.

Beispiel Energie: Der Kreis ist Eigentümer zahlreicher Gebäude. Und damit gibt es genügend Dächer, die für **Photovoltaik** genutzt werden können. Wir haben die Ermittlung vorrangiger Maßnahmen eingefordert.

Beispiel Müllvermeidung: Jeder Mensch in Deutschland verursacht pro Jahr rund 100 Kilogramm Müll aus Einwegverpackungen und Geschirr. Auch die öffentliche Hand ist

angehalten, bei der Gestaltung von Arbeitsabläufen, bei der Beschaffung und Verwendung von Materialien sowie bei Bauvorhaben ökologisch vorteilhafte Produkte zu bevorzugen. Zur **Vermeidung von Einwegplastikprodukten** soll die Verwaltung nun regelmäßig berichten.

Beispiel Mobilität: Eine ökologische Verkehrswende im Kreis Wesel und ein

attraktives Mobilitätsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger muss professionell gemanagt werden. An einer Koordinierung der verschiedenen Aufgaben mangelte es bislang. Auf Grüne Anregung hin wird eine **Stabsstelle Mobilitätsmanager*in** eingerichtet. Diese Person findet ein gutes **Mobilitätskonzept** in unserem Kreis vor. Zum einen greift es das Netzkonzept des Regionalverbandes Ruhr auf. Hier soll nun für Radwegesanierungen und Radwegeneubau ein **Priorisierungskonzept** erarbeitet werden.

Zum anderen geht es um die Einrichtung von **Mobilstationen** im Kreisgebiet. Dies verbessert die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger wie Rad, PKW, Bahn. Auch hier werden für die Zukunft einer nachhaltigen Mobilität Mittel im Haushalt eingestellt.

Damit nicht genug: Die **Busse** im Kreis Wesel müssen deutlich schneller **klima- und umweltfreundlich** werden. Auch hier konnte die Grüne Fraktion erreichen, dass der Kreis Wesel einen Anteil übernimmt, um diesen technischen Wandel zu beschleunigen. Leisere und emissionsfreie Busse machen den ÖPNV attraktiver.

Mein Fazit der diesjährigen Haushaltsberatungen: Die GRÜNE Kreistagsfraktion hat den Haushalt ehrlich gemacht und ihn mit grünen Themen deutlich geimpft.

Was haben wir erreicht?

- Der **Personaletat** wurde transparenter gemacht und auf einen vertretbaren Umfang gedeckelt.
- Für **Gehölzanzpflanzungen** als CO₂-Senken und zur Biotopvernetzung sind **250.000 Euro** für den Ankauf von Flächen zur Neuanlage von Hecken und Feldgehölzen im Haushalt verankert.
- Zur Koordinierung von Aufgaben rund um die Mobilität wird eine **Stabsstelle Mobilitätsmanager*in** eingerichtet.
- Für die **Umrüstung der Busflotte im Kreis auf eine moderne, klima- und umweltfreundliche Antriebstechnologie** werden für dieses Jahr **1,5 Million Euro** zur Verfügung gestellt.
- Um die Mobilitätswende zu beschleunigen, wird für **Radwegesanierungen und Radwegeneubau ein Priorisierungskonzept** erarbeitet, das auf dem RVR-Radwegkonzept und dem Mobilitätskonzept des Kreises Wesel fußt.
- Für die Umsetzung dieses **Mobilitätskonzeptes** sind **500.000 Euro** in den Haushalt eingestellt worden. Davon kann auch die Einrichtung von **Mobilstationen** im Kreisgebiet profitieren.
- Viele **freiwillige Leistungen im Sozialbereich** wurden erhöht.

Sie wollen mehr über die Beschlüsse und unsere Haushaltsanträge wissen? Dann besuchen Sie gerne unsere Homepage www.gruene-kreis-wesel.de



CHRISTIAN DRUMMER-LEMPERT Kreistagsmitglied

Digitalisierung im Kreis Wesel auf der Kriechspur

Wenn die Pandemie eines deutlich gemacht hat, dann ist es die Tatsache, dass wir als Gesellschaft viele Jahre im digitalen Dornröschenschlaf verbracht haben. So haben uns vermeintlich schwächere Staaten in puncto Digitalisierung längst überholt.

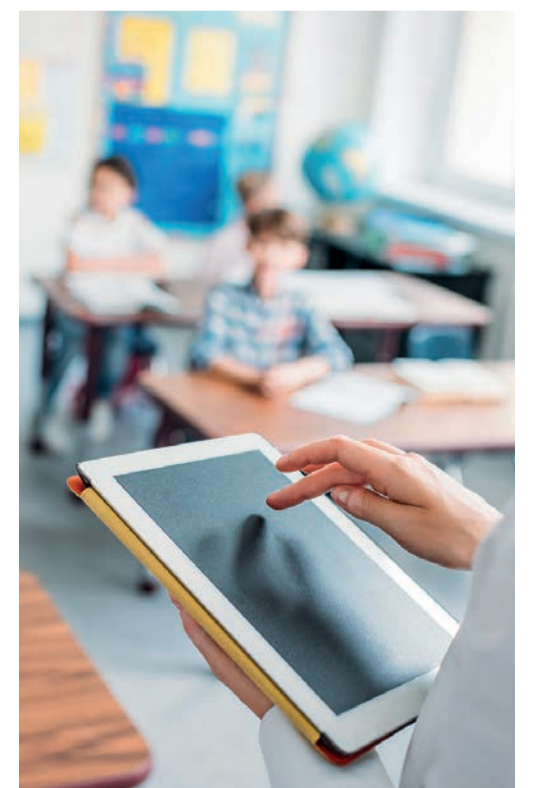
Die Grüne Kreistagsfraktion hat sich schon weit vor der Corona-Pandemie mit zeitgemäßen und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen beschäftigt – Stichwort **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Es müssen auf Kreisebene bisher unbeantwortete Fragen geklärt werden. Erstens: Für welche Verwaltungsbereiche kommen **Home-Office Arbeitsplätze** in Betracht? Zweitens:

Welche **technische Ausstattung** muss den Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt werden, und wie sieht ein **Zeitplan** für die Realisierung solcher Arbeitsplätze aus? Nicht zu vergessen: Welche räumlichen Ressourcen in der Kreisverwaltung werden im Gegenzug dadurch nicht mehr benötigt bzw. werden durch Einrichtung von Home-Office Arbeitsplätzen frei? Die Beantwortung dieser Fragen kann sicher dazu beitragen, dass nach der Pandemie Arbeitsbedingungen neu gedacht und gestaltet werden können.

Unter das Stichwort Digitalisierung fällt auch der Bereich **Schule**. Hier haben Bund, Land und die kommunale Familie den di-

gitalen Anschluss an die Realität verschlafen. **Leidtragende sind die Schüler*innen und die Lehrkräfte**. Unsere Fraktion will deshalb für alle Schulen in der Trägerschaft des Kreises diese Defizite möglichst schnell beseitigen.

Deshalb ist die Verwaltung nun beauftragt, in Gesprächen mit den beteiligten Telekommunikationsunternehmen darauf hinzuwirken, dass unsere Schulen sowie alle kreiseigenen Gebäude von hoher administrativer Bedeutung vorrangig an das leistungsfähige Glasfasernetz angeschlossen werden. Nur so sind die Bedarfe für das Lernen aus der Distanz und die Hybridisierung des Unterrichts sicherzustellen. ■





LUKAS ASTER Kreistagsmitglied

Die Zugverbindung am linken Niederrhein muss endlich verbessert werden!

Etliche Male bereits war die Situation auf der RB 31 zwischen Xanten und Duisburg Gegenstand von Appellen des Kreistags Wesel. Trotzdem hat sich die Situation nicht geändert.

Weiter prägen Verspätungen, Zugausfälle, fehlende Schienenersatzverkehre das Bild und führen seit langem schon zu einer massiven Unzufriedenheit der Nutzer*innen dieser Regionalbahnverbindung.

Ebenso bedauerlich wie erwartbar war und ist der deutliche Rückgang bei den Fahrgastzahlen. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang immer wieder die völlig veraltete oder fehlende Infrastruktur wie:

- fehlende Beschränkungen
- alte Weichen
- fehlende zweigleisige Passierstellen
- fehlende Elektrifizierung von Rheinberg-Millingen bis Xanten
- veraltete Stellwerktechnik

Um den qualitativen und quantitativen Zustand der Schienenstrecke der RB 31 zu verbessern und zu modernisieren, hat die



Grüne Kreistagsfraktion auf eine gemeinsame Forderung der Kooperation von CDU, Grünen, FDP und Freien Wählern gedrängt. Konkret geht es um eine Qualitätsanalyse zu dieser Strecke. Diese sollte schnellstmöglich vom VRR beauftragt werden, damit zeitnah Maßnahmen zur Verbesserung dieser für den linksrheinischen Teil

des Kreises Wesel zentralen Nahverkehrsader ergriffen werden können. Dabei muss es auch um die Barrierefreiheit an Bahnhöfen, die Reaktivierung von vorhandenen Gleisstrassen und den möglichen Anschluss von Industrie- und Gewerbegebieten gehen, um die Straßen vom Güterverkehr zu entlasten.

KURZ & WICHTIG

Mobilitätskonzept

Das Mobilitätskonzept des Kreises Wesel wurde auf Antrag der Grünen Kreistagsfraktion erstellt und im Juni 2020 beschlossen. Zur Förderung und Gestaltung einer umwelt- und nutzerfreundlichen Mobilität beinhaltet es als wesentliche Schwerpunkte:

Radverkehr

Radwege, vor allem Alltagsradwege, sind nach ihrer Bedeutung zu verbessern. In Anlehnung an das Radwegekonzept des Regionalverbands Ruhr sind drei Kategorien bedeutsam: Radschnellwege, Regionale Radhauptverbindungen und sonstige Regionale Radverbindungen. Diese haben ihre jeweiligen Ausbaustandards, z.B. ist für eine einseitig geführte Radhauptverbindung eine Mindestbreite von 3 m vorgesehen.

Mobilstationen

Diese dienen der Vernetzung von verschiedenen Mobilitätsangeboten. Vorgesehen sind Mobilstationen vorrangig an zentralen Orten wie Bahnhöfen oder Bushaltestellen. Dort werden dann z.B. Abstellanlagen für Fahrräder und Autos, Auflademöglichkeiten für e-Fahrzeuge, Angebote für Fahrradverleih, Car-sharing etc. zu finden sein. Ein rascher und bequemer Umstieg von einem Verkehrsmittel zum anderen soll somit gewährleistet werden.



JÜRGEN BARTSCH Kreistagsmitglied

Wann fahren Busse bei uns umweltfreundlicher?



Immer noch fahren in unserem Kreisgebiet viele Busse, deren Antriebstechnologie veraltet ist. Auf eine Anfrage hin teilte die NIAG Anfang 2019 mit, dass 53 Busse der aktuellen Euro-Norm 6 entsprechen, 140 Busse dagegen unterhalb der Euro-Norm 6 lägen, darunter 53 Busse mit der alten Euro-Norm 3.

Bei den von der NIAG eingesetzten Bussen dritter Unternehmen entsprachen damals lediglich 23 der insgesamt 82 Busse der aktuellen Euro-Norm 6. Die Folge eines in die Jahre gekommenen Fuhrparks: zuviel Emissionen an Luftschadstoffen und Lärm. Dies wollte die Grüne Kreistagsfraktion ändern. Die jährliche Erneuerungsrate von 10 Bussen nach der Euro-Norm 6 war uns deutlich zu wenig.

Um die Erneuerung der Busfuhrparks zu beschleunigen, haben wir uns im Rahmen der Kooperation im Kreistag für die Anschaffung von Bussen mit anderen, umweltverträglicheren Antriebsarten eingesetzt.

Dies allerdings kostet viel Geld. Daher ist es zunächst geboten, nach Fördermöglichkeiten zu suchen. Und diese existieren. Es gibt Fördermöglichkeiten des Landes

Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland für die Umrüstung und die Erneuerung von Bussen nach modernen umweltfreundlichen Standards. Diese möglichen Förderungen sollten die Busunternehmen im Kreis Wesel für die Erneuerung des Fuhrparks selbstverständlich wahrnehmen.

Aber auch der Kreis Wesel kann und will sich auf unsere politische Initiative hin engagieren. Wir halten eine Unterstützung durch die öffentlichen Hand wegen der hohen Anschaffungskosten für entsprechende Busse für sinnvoll und vertretbar.

Der Kreis hatte bereits einmalig einen Betrag von 1 Million Euro für die Umstellung der Busflotte auf nichtfossile Antriebe in den Haushalt eingestellt. Dieser Betrag wird nun auf 1.500.000 Euro aufgestockt. Gespannt schauen wir nun auf den im vergangenen Jahr vom Kreistag beschlossenen, aber noch nicht stattgefundenen Runden Tisch mit den für die Neuaufstellung des Busfuhrparks relevanten Akteuren. Hierbei wären auch Fragen zur Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln sowie die finanzielle Beteiligung der NIAG/Rhenus zu klären.



HANS-PETER WEIß Kreistagsmitglied

Radwege ausbauen und verbessern – aber wo?

Pedelecs und eBikes sind gefragt wie nie. Dass so viele Menschen sich für das Rad begeistern, freut mich als Radfahrer sehr. Nun aber muss auch das Radwegenetz mit diesem Zuwachs mithalten. Und da hapert es auch im Kreis Wesel gewaltig.

Inzwischen liegt aber ein Konzept des Regionalverband Ruhr (RVR) vor. Dieses hat ein Radwegenetz nach drei Kategorien entworfen (Angaben für einseitig geführte Radwege – Zweirichtungsverkehr):

- Radschnellwege (Mindestbreite 4 m)
- Regionale Hauptradwege (Mindestbreite 3 m)
- Regionale Radverbindungen (Mindestbreite 2,50 m)

Der Radschnellweg 1, der das Ruhrgebiet durchquert, ist zwischen Essen und Mülheim auf gut 12 Kilometern schon realisiert. Er soll bis Moers weitergeführt werden. Für unser Kreisgebiet sind aber hauptsächlich die regionalen Hauptwege und die regionalen Verbindungen relevant. Der Kreis Wesel hat seinerseits auf Antrag unserer Fraktion ein Mobilitätskonzept entwickelt, das im Teil Radwege wesentlich auf dem Netzkonzept des RVR fußt und es in Teilen ergänzt.

Nun kommt es darauf an, die vom RVR vorgeschlagenen Standards für Radschnellwege, Radhauptverbindungen und sonstige regionale Radverbindungen anzuwenden und umzusetzen. Dafür bedarf es eines vorbereitenden Konzeptes, das die Maßnahmen gemäß Bedeutung der Radrouten, der planerischen und baulichen Voraussetzungen und der Abstimmung mit den Kommunen gewichtet.

Dies kann und soll der Kreis Wesel übernehmen, denn er nimmt für alle Planungs- und Umsetzungsprozesse eine wesentliche Rolle ein. Im Mobilitätskonzept des Kreises ist genau dies schon festgehalten: „Da die Umsetzung des regionalen Radwegenetzes für den Alltagsverkehr nur in Abstimmung aller Baulasttragenden und Gebietskörperschaften möglich ist, nimmt der Kreis die Rolle ein, die hierfür notwendigen Prozesse zu initiieren, moderieren, koordinieren und zu kommunizieren.“

Hier gilt es anzusetzen und gemeinsam mit den Kommunen und anderen Straßenbaulastträgern diese große verkehrliche Zukunftsaufgabe anzupacken. Noch liegen wir in Bezug auf Radwege um Jahrzehnte hinter unserem Nachbarn Niederlande zurück. Daran muss sich etwas ändern.

KURZ & WICHTIG

Leerfahrten vermeiden !

Im Gebiet des Kreises Wesel legen Linienbusse immer noch sehr lange und sehr viele Dienstreifen (Leerfahrten) zurück, um von einem Einsatzort zum nächsten zu gelangen. Das Problem ist besonders an Schultagen zu beobachten. Das betrifft nicht nur die NIAG/Look und die BVR, sondern auch die Subunternehmer.

Seit der Privatisierung der NIAG 2006 sind die Bus-Umläufe zwar weitgehend optimiert worden, aber nur innerhalb eines Unternehmens. Dabei ist es so, dass NIAG-Busse nicht auf BVR-Linien fahren und umgekehrt. Die Umläufe der beauftragten Subunternehmer fallen dagegen sehr willkürlich aus, sodass Unternehmen aus Moers ihren Einsatz in Kleve fahren müssen oder Unternehmer aus Xanten ihren Einsatz in Moers, Duisburg, Goch oder Wesel. Eine andere Lösung hat man im Bereich Rheinhausen/Moers gefunden, wo Busse der DVG zur Optimierung der Umläufe auch auf NIAG-Linien fahren und umgekehrt.

Sicher werden sich Leerfahrten nicht ganz vermeiden lassen. Allerdings liegt der Verdacht nahe, dass viel Wertschöpfung und Klimaschutz dadurch verloren geht. Die im Nahverkehrsplan dargestellten Linienbündel sind ein erster wichtiger, aber nicht zureichender Schritt dafür.



HELGA FRANZKOWIAK Kreistagsmitglied

Kiesabbau am Niederrhein: Ausverkauf der Landschaft beenden, Grundwasser schützen!

Der Niederrhein ist durch den ungebremsten Raubbau der Kiesindustrie durchlöchert wie ein Schweizer Käse. Durch den Klimawandel mit immer weiter steigenden Temperaturen droht eine Verknappung der nutzbaren Grund- und Trinkwasservorräte. Die Verdunstung aus immer mehr Baggerseen verschärft dieses Problem zusätzlich. Das Offenlegen des Grundwassers mit der Entfernung der filternden Deckschichten gefährdet unsere guten und ergiebigen Grundwasservorkommen unwiederbringlich.

Anstatt Lösungen vorzuschlagen, beschließt die NRW-Landesregierung in dem geänderten Landeswassergesetz (LWG), dass zukünftig sogar in Trinkwasserschutz- und Trinkwasserreservegebieten Kies und Sand gefördert werden darf. Das bisherige Abgrabungsverbot, das von den Wasser-versorgern, der Bevölkerung und den Wasserbehörden jahrelang verteidigt worden ist, wurde fahrlässig gestrichen.

Das Argument, dass sich dadurch nur minimale bis gar keine Beeinträchtigungen für Mensch und Natur ergeben, ist ein Schlag ins Gesicht der betroffenen und engagierten Menschen, die sich im Niederrheinappell gegen den zügellosen Aus-

verkauf der niederrheinischen Landschaft zur Wehr gesetzt haben.

Bereits durch die im Landesentwicklungsplan beschlossene Verlängerung der Versorgungszeiträume von 20 auf 25 Jahre in den Regionalplänen wurde dem Raubbau Tür und Tor geöffnet. Um die Zerstörung der Landschaft und den Flächenverlust für die Landwirtschaft zu verhindern und den vorbeugenden Grundwasserschutz ernst zu nehmen, wäre eine kontinuierliche Reduzierung der zulässigen Abbaumengen von z.B. 5% pro Jahr notwendig gewesen. Stattdessen setzt die jetzige Landesregierung ihre auskiesungsfreundliche Politik verantwortungslos fort.

Die Grüne Kreistagsfraktion unterstützt die Forderung vieler Menschen, dass eine weitere Zerstörung der niederrheinischen Landschaft durch einen vermehrten Kiesabbau verhindert werden muss. Unsere Verantwortung für nachfolgende Generationen ist es, das wichtigste Lebensmittel Wasser in ausreichender Menge, guter Qualität und kostengünstig langfristig sicher vorhalten zu können.



AXEL PAULIK Kreistagsmitglied

Salzbergbau: Wer hilft bei eingetretenem Schaden?



Der Salzbergbau geht schon seit vielen Jahrzehnten am linken Niederrhein um und wird dies auch noch viele Jahrzehnte weiter tun.

Damit einher gehen auch Bergsenkungen. Anders als beim Steinkohlebergbau gibt es für das Kreisgebiet keine zentrale Erfassungsstelle für Schäden, die möglicherweise durch den Salzbergbau verursacht werden, obwohl Schadensereignisse immer wieder auftreten. Die Einrichtung einer Schlichtungsstelle durch das Land wie beim Steinkohlebergbau ist weiterhin nicht in Sicht.

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Einrichtungen, Versorgungsträger und Kommunen benötigen aber eine Anlaufstelle. Die Grüne Kreistagsfraktion hat daher die Initiative ergriffen. Die Kreisverwaltung soll die Möglichkeit zur Einrichtung einer zentralen Erfassungsstelle „Salzbergbauschäden“ unter rechtlichen und verwaltungstechnisch-organisatorischen Gesichtspunkten prüfen und darstellen.

Wenn diese zentrale Erfassungsstelle möglich ist, würde sie, solange es keine Schlichtungsstelle gibt, ersatzweise als Einrichtung fungieren, um Schadensmeldungen an die zuständigen möglichen Verursacher (K+S und Cavity) weiterzuleiten. Damit die zentrale Erfassungsstelle ihren Auftrag auch sachgemäß wahrnehmen könnte, ist weiterhin beantragt, dass durch den Landrat die beiden Bergbaubetriebe aufgefordert werden, die Erfassungsstelle mit allen verfügbaren Daten zum Abbau unter Tage, Messungen zu Senkungen an der Oberfläche und erfolgten Entschädigungen zu versorgen.

Unabhängig davon bleibt die Forderung, der Schlichtungsstelle für die Bergschädenregulierung beim Regionalverband Ruhr beizutreten, bestehen. Hilfsweise sind Gespräche mit der NRW-Landesregierung in dieser Frage zu führen. Dabei soll geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, eine eigene Schlichtungsstelle bei einer staatlichen Behörde (z.B. der Bezirksregierung) einzurichten.



ULRIKE TRICK Kreistagsmitglied

Der Ölpelletskandal: Kein Ende in Sicht!

Seit vielen Jahren schon müht sich die Grüne Kreistagsfraktion, Licht ins Dunkel der illegalen Entsorgung von 30 000 Tonnen Ölpellets, dazu rund 5000 Tonnen schwermetallhaltigen Kronocarbs zu bringen. All dies ist geschehen in der wiederverfüllten Tongrube Mühlenberg (Scherbeck) zwischen 2010 und 2013. Es geht dabei vor allem um Rückstände der Schwerölvergasung einer Raffinerie in Gelsenkirchen und um vanadiumhaltigen Abfall.

Wer trägt die Verantwortung, wie sind die Ölpellets auf das Gelände gekommen, wie stand es mit der Aufsichts- und Kontrollpflicht der Kreisverwaltung, warum wurden welche Abfallarten genehmigt, obwohl es sich ursprünglich um eine Tongrube gehandelt hat?

Diese und viele weitere Fragen hat unsere Fraktion an die betreffenden Stellen gerichtet, aber nur langsam wurden und werden Hintergründe und Verantwortlichkeiten deutlicher.

Aktuell geht es um die Untersuchungs- und Sanierungskosten, die auf rund 52 Millionen Euro geschätzt werden. Wer hat diese zu tragen? Der Betreiber der Deponie, Einzelpersonen, die öffentliche Hand?

Zu prüfen sind nun die Schadensersatz- und Regressansprüche, damit nicht der Steuerzahler/die Steuerzahlerin auf den Kosten sitzen bleibt, die durch diesen Umweltkandal entstehen. Die vertraglich mit dem Betreiber der Deponie vereinbarte Sicherheitsleistung von rd. 160.000 Euro ist jedenfalls völlig unzureichend.





ULRIKE TRICK Kreistagsmitglied

Kreis Wesel soll Modellregion zur Stärkung des Ökolandbaus werden

Bioprodukte sind beliebt und werden immer beliebter. Wie das Umweltbundesamt feststellt, ist Deutschland größter Absatzmarkt und größter Bio-Produzent in Europa. Doch die Nachfrage nach Bioprodukten übersteigt das inländische Angebot nach wie vor deutlich. Das heißt, dass wir deutliche Anstrengungen unternehmen müssen, um den ökologischen Landbau zu fördern.

Nun hat das Umweltministerium des Landes Nordrhein-Westfalen eine Initiative gestartet, dass in diesem Jahr drei Modellregionen zur Stärkung des Ökolandbaus ausgewiesen werden sollen. Damit soll die Zusammenarbeit von Betrieben der Erzeugung, Verarbeitung und des Handels sowie der öffentlichen Verwaltung, Initiativen und der Verbraucherschaft gefördert werden.

Nordrhein-Westfalen hat es auch nötig: Während hierzulande nur gut 6 Prozent der Agrarflächen in NRW ökologisch bewirtschaftet werden, sind es in Bayern oder Baden-Württemberg schon 5 bzw. 8 Prozent mehr.

Angestrebtes Ziel der Modellregionen ist es, durch ein umfassendes Öko-Regionalmanagement den Öko-Landbau zu fördern und 20 % Öko-Fläche in Nordrhein-Westfalen bis 2030 zu erreichen.

Weil auch in unserem Kreisgebiet der Ökolandbau deutlich ausgeweitet werden sollte, hat die Grüne Fraktion diese Initiative des Landes gerne aufgegriffen und

den Antrag eingebracht, die Voraussetzungen für eine Bewerbung zur Modellregion zu ermitteln und sich ggf. dafür zu bewerben.

Die Vorteile des Ökolandbaus liegen auf der Hand: Er ist besonders ressourcenschonend und umweltverträglich, er achtet auf möglichst geschlossene Nährstoffkreisläufe und eine Flächenbindung der Tierhaltung, er wirtschaftet mit Fruchtfolgen, verzichtet auf Pflanzenschutzmittel, achtet auf artgerechte Tierhaltung und leistet nicht zuletzt einen Beitrag zum Klimaschutz.

Bioprodukte lohnen also vielfach!



KURZ & WICHTIG

Photovoltaik

Eine wirksame Maßnahme für die Energiewende und damit den Klimaschutz ist die Nutzung der Photovoltaik. Der Kreis verfügt auf seinen eigenen Gebäuden über Möglichkeiten, diese Form der Energiegewinnung auszubauen.

Hier drängt die Grüne Kreistagsfraktion auf eine Übersicht über mögliche (Dach-)Flächen sowie eine Bewertung, wo sich Photovoltaik-Anlagen sinnvollerweise besonders schnell und effektiv installieren lassen. Dies kann auf Neubauten genauso erfolgen wie bei Umbau- oder Sanierungsmaßnahmen.

KURZ & WICHTIG

Jugendamtsumlage

Der Kreis wurde von einigen Kommunen beauftragt, für sie die Aufgaben der Jugendhilfe wahrzunehmen. Für die Betreuung der 1- bis 6-jährigen Kinder stehen 68 Tageseinrichtungen zur Verfügung. Der Anspruch auf einen Platz in einer KITA ist für die 3- bis 5-jährigen Kinder mit annähernd 100 % fast erfüllt. Bei den 1- und 2-jährigen Kinder werden aktuell in Kindergarten oder Kindertagespflege rund 54 % versorgt..

Der Mehrbedarf im Bereich Kindertagesbetreuung beläuft sich in diesem Jahr auf rd. 4,92 Mio. €, bedingt durch Mehraufwendungen bzw. Mindererträge, die durch Änderungen des neuen Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) entstehen, z. B. aufgrund der Einführung eines weiteren beitragsfreien Kindergartenjahres. Zudem ist von einem Mehrbedarf in der Kindertagespflege auszugehen. Bereits 2019 und 2020 war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich.

Überdies sind Investitionen zur Schaffung befristeter Kindergartengruppen und zum Erhalt von Kindergartenplätzen durch Ersatzbauten von Kindertageseinrichtungen vorgesehen.

Die Verhinderung der Kindeswohlgefährdung ist ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Kreisjugendamtes. Durch geeignete Schutzmaßnahmen sollen Kinder und Jugendliche vor Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch geschützt werden. Auch hier wird von einem Mehrbedarf in diesem Jahr von rd. 1,19 Mio. € ausgegangen. Der Grund: Fallzahlsteigerungen im Bereich der Vollzeitpflege und ein Mehrbedarf im Bereich der Heimpflege.

Trotz allem bleibt der Hebesatz der Jugendamtsumlage im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und liegt bei 23,81 %.



CHRISTIAN DRUMMER-LEMPERT
Kreistagsmitglied

Sozialen Wohnungsbau fördern



Wohnraum ist knapp geworden. Besonders mangelt es an günstigem Wohnraum. Denn wohin man im Kreis Wesel auch schaut: Überall in den Kommunen links- wie rechtsrheinisch fehlen bezahlbare Wohnungen.

Bei vielen der vor etlichen Jahren geschaffenen öffentlich geförderten Wohnungen entfällt demnächst die Sozialbindung oder sie ist schon entfallen. Diese stehen dann dem freien Markt zur Verfügung und damit besteht auch die Gefahr, dass sich die Mieten erhöhen werden.

Der Mangel an **öffentlich gefördertem Wohnraum** ist also ein drängendes Problem, das sich immer weiter verschärft,

und Geld für Investitionen ist bekanntlich in den Städten und Gemeinden knapp.

Deshalb sind wir froh, dass zusätzlich zu den örtlichen kommunalen Anstrengungen unsere Wohnungsbaugesellschaft Grafschaft Moers gute Fortschritte in ihrer Ausrichtung und Arbeit macht. In Kooperation mit den Städten und Gemeinden muss das Ziel des Unternehmens Grafschaft Moers sein, verstärkt öffentlich geförderten Wohnraum zu schaffen und den Bestand da, wo es nötig ist, zu sanieren.

Dabei sollten auch für den öffentlich geförderten Wohnungsbau Kriterien wie Nachhaltigkeit und moderne Energiestandards gelten.

KURZ & WICHTIG

Nachhaltiges Bauen

Mit der „Klimaoffensive“, beschlossen Ende 2019, will der Kreis Wesel einen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten. Ein Handlungsfeld ist dabei das Bauen. Hier hat sich der Kreis Wesel die **konsequente Anwendung der Niedrigenergiehaus-Bauweise und verbindliche Prüfung der Passivhaus-Bauweise** für zukünftig zu planende Kreisgebäude vorgegeben. Diese Standards sollten sinnvollerweise ebenfalls bei Bauvorhaben von Wohnungsbaugesellschaften, in denen der Kreis Wesel ein Mitspracherecht hat, Geltung erhalten, sofern dies nicht bereits gegeben ist.

Der Kreistag entsendet Vertreter*innen in die Wohnungsbaugesellschaften Wohnbau Dinslaken GmbH, Bauverein Wesel AG und Grafschaft Moers Siedlungs- und Wohnungsbau GmbH. Er hat also ein Mitspracherecht bei zukünftigen Bauvorhaben der Wohnungsbaugesellschaften.

Mittels eines Antrags der Grünen Fraktion sind nun die Vertreter*innen des Kreistags Wesel in den Gremien beauftragt darauf hinzuwirken, dass Wohnungsbauprojekte zukünftig mindestens nach Effizienz- oder Passivhausstandard ausgelegt werden.

Die Nutzung von Erdwärme sowie die Installation von PV-Anlagen sollte, sofern bautechnisch möglich, ebenfalls verbindlich für Bauvorhaben vorgegeben werden. Schließlich sollen Fassadenbegrünung und die Verwendung von recycelten Baustoffen bei zukünftigen Bauvorhaben geprüft werden.

IMPRESSUM

Redaktion:
Kreistagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Reeser Landstraße 31
46483 Wesel
Telefon 0281/2072004
gruene-fraktion@kreis-wesel.de

Entwurf, Satz, Produktion:
TYPOGRAF
Franken-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14
47475 Kamp-Lintfort
Mobil 0152 53 68 15 13
typograf@johannes-tuschen.de
www.typograf-kamp-lintfort.de



Besuchen Sie uns auch in den sozialen Netzwerken:

@GrueneKTFwesel
@gruenektwesel